

Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,
sehr geehrter Herr Minister Dr. Röttgen,

mit völligem Unverständnis habe ich der Presse entnommen, dass Sie dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Zuständigkeit für die Endlagerung radioaktiver Abfälle entziehen wollen. Als Alternative ist von einem neu zu gründenden Bundesamt für Endlagerung oder von der Deutschen Gesellschaft für den Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) die Rede. Diese gehört zu 75 Prozent der Gesellschaft für Nuklear-Service, die wiederum eine 100-prozentige Tochter der großen Energiekonzerne und damit der AKW-Betreiber ist. Damit würde den Atomkonzernen freie Hand gegeben, ihren Jahrtausende strahlenden Müll schnell und billig im favorisierten Standort Gorleben unter die Erde zu bringen.

Außerdem soll das Such- und Genehmigungsverfahren nach altem Bergrecht erfolgen und nicht, wie für die Asse umgesetzt, nach Atomrecht. Eine ergebnisoffene, transparente Suche mit Beteiligung der Öffentlichkeit auf Grundlage der international geachteten Standards, die der AkEnd Ende 2002 vorgelegt und von der Schweiz bereits angewendet, soll damit offenbar umgangen werden.

Atommüll ist eine gefährliche Hinterlassenschaft, die über einen unendlich langen Zeitraum sicher von der Biosphäre abgeschirmt werden muss. Wie schwierig es ist, dafür ein geeignetes Endlager zu finden, zeigt die Tatsache, dass selbst nach 50-jähriger Nutzung der Atomkraft weltweit noch kein betriebsbereites Lager für den hochradioaktiven Müll zur Verfügung steht.

Der Salzstock Gorleben hat kein durchgängiges Deckgebirge und ist deshalb für die erforderliche lange Abschirmung der Radioaktivität ungeeignet. Die jahrelangen Schlapereien im „Versuchsendlager“ Asse wie auch im „Endlager“ Morsleben, beides ebenfalls Salzstöcke, haben eindrucksvoll gezeigt, dass billige Lösungen in die Sackgasse führen. Bei der Suche und Errichtung eines Endlagers in tiefen geologischen Schichten ist nicht nur Sachverstand, sondern auch eine soziale Kompetenz vonnöten. Es geht darum, den bestmöglichen Endlagerstandort zu finden und nicht mit einem unter fragwürdigen Umständen festgelegten Standort vorlieb zu nehmen.

Das BfS hat sich den „Aufräumarbeiten“ in der Asse bislang in verantwortungsvoller Weise angenommen. Diesen Standard nun zu verlassen, wäre grob fahrlässig und unseren Kindern und Enkeln keinesfalls zuzumuten.

Deshalb fordere ich Sie auf, die Endlagersuche in der jetzigen Fachkompetenz des BfS zu belassen und unverzüglich eine wirklich ergebnisoffene, standortvergleichende Endlagersuche mit Beteiligung der Öffentlichkeit nach Atomrecht einzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen